

6. Mai 2013
bis
16. Mai 2013

Um den Schuldenabbau weiter voranzutreiben, hat **Belgien** für 6,7 Milliarden Euro den Kreditbestand der Bad Bank Royal Park Investments (**RPI**) an den US-amerikanischen Finanzinvestor **Lone Star** und die Schweizer Großbank **Credit Suisse veräußert**. Dem belgischen Staat sowie dem Fortis-Nachfolger Ageas fließen aus dem Verkauf jeweils zirka eine Milliarde Euro zu.

Die Verwaltungsräte der **Kreissparkasse Rhein-Pfalz**, der **Kreis- und Stadtspar-kasse Speyer** sowie der **Sparkasse Vorderpfalz** haben sich für eine **Fusion** ihrer Institute ausgesprochen. Bis Ende Juni müssen noch die Träger der Häuser sowie die Kommunalparlamente von Ludwigshafen, Speyer, Schifferstadt und des Rhein-Pfalz-Kreises über den Zusammenschluss entscheiden. Mit einer Bilanzsumme von mehr als sechs Milliarden Euro und mehr als 1 100 Mitarbeitern wäre die neue Sparkasse die größte des Bundeslandes.

Der unabhängige Broker **Kepler Capital Markets** hat die Übernahme von **CA Cheuvreux**, der Brokertochter der französischen Großbank Crédit Agricole, **abgeschlossen**. CIB, die Investment-Banking-Sparte von Crédit Agricole und Kepler hatten im Juli letzten Jahres exklusive Verhandlungen aufgenommen. Aus dem Zusammenschluss zu **Kepler-Cheuvreux** soll Europas führende unabhängige Broker-gesellschaft entstehen. CIB will sich an einer Kapitalerhöhung beteiligen und so 15 Prozent an der neuen Einheit übernehmen. Unicredit wird ebenfalls mit fünf Prozent am Kapital von Kepler-Cheuvreux beteiligt. Die italienische Großbank hatte ihr Aktien-such und Sales in Westeuropa bereits 2011 an Kepler Capital Markets ausgelagert.

Vorbehaltlich der kartellrechtlichen Zustimmung übernimmt die **Ziemann-Gruppe** die **Unicorn** Geld- und Wertdienstleistungen GmbH. Unicorn ist mit rund 1 200 Beschäftigten und über 300 Spezialfahrzeugen an insgesamt 17 Standorten vertreten. Die Ziemann-Gruppe vereint drei Unternehmen mit insgesamt 1 300 Mitarbeitern, zwölf Betriebsstätten und 360 Fahrzeugen. Mit der **Übernahme** will Ziemann die Lücke zwischen den Servicegebieten im Süden und im norddeutschen Raum schließen.

Die **EU-Kommission** hat ein umfangreiches Maßnahmenpaket vorgestellt, mit dem die Rechte der Bankkunden in Europa

gestärkt und der Wettbewerb um kundenfreundliche Finanzdienstleistungen verstärkt werden sollen. Unter anderem sieht der **Gesetzesvorschlag** vor, dass jeder Bürger in der EU ein Recht auf Zugang zu einem Girokonto erhält. Mindestens ein Finanzdienstleister pro EU-Staat soll in Zukunft ein **Basiskonto** mit grundlegenden Zahlungsfunktionen anbieten. Unabhängige Vergleichswebsites sollen auf Basis standardisierter Begriffe den Überblick erleichtern. Ob die vorgelegten Vorschläge umgesetzt werden können, hängt vom EU-Parlament und den EU-Staaten ab, die dem Vorschlag zustimmen müssen.

Um vermögenden Privatkunden und institutionellen Investoren den Zugang zum **US-Immobilienmarkt** zu ermöglichen, haben **Feri** und die **US Treuhand** in Darmstadt eine umfangreiche **Kooperation** beschlossen. Kern der Vereinbarung ist die Gründung der gemeinsamen Gesellschaft **UST Immobilien GmbH**, an der Feri mit 32,5 Prozent beteiligt ist. Neben kundenspezifischen Lösungen soll die neue Gesellschaft US-Fonds für professionelle semi-professionelle Investoren sowie für vermögende Privatanleger entwickeln.

Die **Deutsche Bank fusioniert** ihre beiden Töchter Oppenheim Vermögenstreuhand GmbH und Wilhelm von Finck Deutsche Family Office AG. Mit der **Deutsche Oppenheim Family Office AG** entsteht nach Angaben der Bank der größte **Vermögens-verwalter** für mittelständische Unternehmer und Stiftungen in Deutschland und einer der größten in Europa. Die rund 80 Mitarbeiter in Frankfurt, Köln und München verwalten Vermögen von mehr als zehn Milliarden Euro.

Der Finanzmarktstabilisierungsfonds (**SoFFin**), dessen Geschäfte von der Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung (FMSA) geführt werden, hat das **Geschäftsjahr 2012** mit einem **Überschuss** in Höhe von 580 Millionen Euro abgeschlossen. Im Vergleich zum Jahresende 2011 sank das Volumen der ausstehenden Liquiditätsgarantien des SoFFin um fast 87 Prozent auf 3,7 Milliarden Euro.

Die **Commerzbank** hat die Bedingungen für die **Kapitalerhöhung** zur vollständigen Rückzahlung der stillen Einlagen von SoFFin und Allianz festgelegt: Während der Bezugsfrist vom 15. bis einschließlich 28. Mai 2013 können die neuen Aktien aus der Kapitalerhöhung zu einem **Bezugspreis von 4,50 Euro** je Aktie gezeichnet werden. 21 bestehende Aktien berechtigen zum Bezug von 20 neuen Aktien. Die Zahl der ausgegebenen neuen Aktien beträgt 555 555 556, die Bank strebt einen Emissionserlös in Höhe von rund 2,5 Milliarden Euro an.

Im Rahmen einer True-Sale-Transaktion erwirbt die **National-Bank** von der **Hypothekenbank Frankfurt** (früher Eurohypo) ein **Portfolio privater Baufinanzierungen**. Das nahezu vollständig aus erstrangig besicherten Darlehen bestehende Portfolio soll ein Volumen von rund 130 Millionen Euro aufweisen und aus über 2 100 Darlehen bestehen. Die durchschnittliche Restlaufzeit beträgt 2,6 Jahre.

Für einen Kaufpreis von 40,5 Millionen Euro erwirbt die **Deutsche Bank** von der **Xchanging plc** **51 Prozent** an dem seit dem Jahr 2004 bestehenden Joint Venture „Xetb“. Die **Xetb** ist die Holding Gesellschaft der Xchanging Transaction Bank GmbH (XTB), die Dienstleistungen im Bereich **Wertpapierabwicklung** für die Deutsche Bank und weitere externe Kunden erbringt. Die Transaktion steht unter anderem unter dem Vorbehalt der Zustimmung durch die Aufsichtsbehörden und der Aktionäre der Xchanging. Nach Abschluss der Transaktion wird die Deutsche Bank **alleiniger Eigentümer** der XTB sein und damit die unternehmerische Führung der XTB übernehmen. 2004 hatte Xchanging sämtliche Stimmrechte und 51 Prozent der Anteile an der damaligen Deutschen Bank Tochter European Transaction Bank erworben.

Mit der unionsgeführten Mehrheit hat der **Deutsche Bundestag** den Gesetzentwurf zur Absicherung von Risiken („**Trennbankengesetz**“) und zur Planung der Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten und Finanzgruppen **beschlossen**. Der Gesetzentwurf enthält auch Verschärfungen der strafrechtlichen Verantwortung von Vorständen von Finanzinstituten. Einen Gesetzentwurf für eine europäische Bankenaufsicht überwies der Bundestag an die zuständigen Ausschüsse.